



Erst jetzt, verdichtet in einem Buch, lässt sich das ganz Drama Pierre Maudets langsam begreifen. Foto: Valentin Flauraud (Keystone)

# Auf einen kometenhaften Aufstieg folgte der Absturz

**Maudet-Affäre** Ein neues Buch erzählt, wie Pierre Maudet zum politischen Wunderkind der Schweiz wurde und seine Karriere dann selber zerstörte. Ein wahrer Polit-Thriller.

**Markus Häfliger**

Ist zu Pierre Maudet nicht längst alles gesagt? Der Mann selber politisch erledigt? Und der Skandal, den er verursacht hat, abgehandelt in Hunderten von Medienberichten? Philippe Reichen kümmerten solche Bedenken wenig. Zehn Monate lang recherchierte der Westschweiz-Korrespondent dieser Zeitung über Pierre Maudet. Diese Woche kommt Reichens Buch über den FDP-Politiker in den Handel, und es zeigt: Nein, zum Fall Maudet war noch nicht alles gesagt.

Erst jetzt, verdichtet zwischen zwei Buchdeckeln, lässt sich das ganze Drama Maudets langsam begreifen: Sein politisches Genie, das heute als Realitätsverlust erscheint. Seine Taten, die er mit seinen Untaten zumüllte. Sein Aufstieg zum «Fast-König von Genf», wie es ein Journalist einmal formulierte – und darauf sein Fall zur Unperson der FDP.

**Der andere Maudet**

Die meisten Deutschschweizer kennen nur den letzten Teil dieser so unschweizerisch anmutenden Politikerlaufbahn: Maudets Kandidatur für den Bundesrat im September 2017 und den kurz darauf folgenden Skandal um seine Luxusreise nach Abu Dhabi, die Korruptionsermittlungen und seine Weigerung, aus der Kantonsregierung zurückzutreten, solange er nicht juristisch verurteilt sei.

Philippe Reichens Verdienst ist, dass er nicht nur diesen Pierre Maudet porträtiert, sondern auch den anderen, den die Genfer frü-

her gekannt und verehrt haben. Den politisch Frühreifen, der schon als 12-Jähriger die Initiative für ein Jugendparlament in der Stadt Genf ergreift. Den unideologischen Querdenker, der als 22-Jähriger fast im Alleingang 10 000 Unterschriften für eine Kantonsfusion mit der Waadt sammelt – indem er auf einem Dreirad mit dem Nummernschild «VD-GE 1» unermüdlich durch die Quartiere der Stadt tourt. Den talentierten Exekutivpolitiker, der mit 29 Jahren in die Stadtregierung gewählt wird, mit

**«Well done, old chap», schrieb Pierre Maudet einem Komplizen nach dessen Einvernahme.**

34 in die Kantonsregierung aufsteigt und mit 39 für den Bundesrat kandidiert.

In der nüchternen Sprache des News-Journalisten erzählt Reichen, wie Maudet schon als Student die linke Stadtregierung in die Enge treibt. Wie die meisten Journalisten Maudet und seinem nie versiegenden Ideenstrom verfallen. Wie er von Bundesrat Pascal Couchepin gefördert wird. Wie er es als Regierungsmitglied schafft, alle politischen Lager anzusprechen: die Rechten mit seiner harten Hand gegen die Kriminellen, die Linken mit der Lega-

lisierung von Sans-Papiers. En passant zeichnet Reichen auch ein Sittengemälde eines Kantons, in dem sich so viele politische Skandale ereignen, dass es dafür ein eigenes Wort gibt: Genfereien.

**Kritiker im Rückspiegel**

Visionär wirkt aus heutiger Sicht eine Maudet-Aktion von 2006. Als Kantonalpräsident der Genfer FDP wollte er seine Partei ökologischer ausrichten – mehr als ein Jahrzehnt bevor die FDP Schweiz die Klimawende ausrief. Damals ging Maudet so weit, mit der Grünen Partei ein gemeinsames Legislaturprogramm vorzulegen. Von Kritik liess er sich bei solchen Vorstössen nie beeindrucken. «Bis jetzt sehe ich alle, die mich beschuldigen, bloss Lärm zu machen, nur noch im Rückspiegel», sagte er damals.

Später zeichnen Maudets Originaltate, die Reichen ausgegraben hat, ein immer unvorteilhafteres Bild. Im Laufe von 2018, nur Monate nach seiner Bundesratskandidatur, zieht die Genfer Staatsanwaltschaft ihre Schlinge langsam zu. Im März verbört sie einen Geschäftsmann, der Maudet nach Abu Dhabi begleitet hat. Noch hält der Mann dicht, verteidigt das Lügengebäude, das die Maudet-Clique sich ausgedacht hat. «Well done, old chap», lobt Maudet seinen Komplizen nach der Einvernahme per SMS.

Reichen beschreibt viele pikante Details. Sie stammen aus Untersuchungsunterlagen und anderen, bisher nicht bekannten Originaldokumenten, die er sich beschaffen konnte. Dank ihnen

kann Reichen aufzeigen, wie Staatsanwalt Yves Bertossa Maudets Mitwisser schliesslich zum Reden bringt. So wird Ende August 2018 publik, dass Maudet seine Partei, seine Regierungskollegen, seinen ganzen Kanton belogen hat: dass nämlich nicht ein Freund seine Luxusreise an den Golf bezahlt hatte, sondern das Herrscherhaus von Abu Dhabi. Die bis heute laufende Strafuntersuchung soll klären, ob Maudet dafür irgendwelche Gegenleistungen erbrachte.

Und die Abu-Dhabi-Affäre war nur der Anfang. In ihrem Zuge flogen schwarze Parteikassen in Maudets Dunstkreis auf. Auch hier zeichnet Reichen akribisch bis detailversessen nach, wie Maudet sich von Unternehmen Hunderttausende von Franken spenden liess und wie abenteuerlich er dann mit diesen Geldern jonglierte. Wie die strafrechtliche Beurteilung all dieser Manöver ausfallen wird, muss Reichens Buch offenlassen. Das Verfahren läuft noch – strafrechtlich gilt für Maudet weiterhin die Unschuldsvermutung.

Die skandalerprobten Genfer würden sagen: «Affaire à suivre.» Politikinteressierte Leser legen Reichens Buch nach 190 Seiten fast atemlos zur Seite: Ist das wirklich die reale Geschichte eines erst 41-jährigen Kantonspolitikers? Oder nicht vielleicht doch ein fiktiver Plot aus einem Polit-Thriller von Netflix?

Philippe Reichen, «Pierre Maudet – sein Fall», Stämpfli-Verlag, 2019, 190 S. Ab 2. Dezember im Handel.

## Bund nimmt ÖV-Preise unter die Lupe

**Bahn** Im Regionalverkehr gibt es kaum Spartickets. Nun greift der Bund ein.

100 Millionen Franken schütten die SBB in diesem Jahr an ihre Kunden zurück aus. Es ist eine Entschädigung für zu hohe Preise, die zu einem Jahresgewinn von 568 Millionen Franken führten. Doch nun hat die «Sonntags-Zeitung» nachgewiesen, dass eine Mehrheit der Passagiere des öffentlichen Verkehrs davon gar nicht profitieren kann.

Die Sparbillette gelten nur im Fernverkehr. Die Verkehrsverbunde hingegen, die ganze Agglomerationen erschliessen, bieten keine günstigeren Billette an, obwohl auch sie Gewinne erzielen. Ihre Kunden haben darum kaum Gelegenheit, Geld zurückzuerhalten, obwohl auch sie für ihre Abonnements zu viel bezahlen.

Besonders stossende Folgen hat das bei einigen regionalen Verbindungen, die auch von Fernverkehrszügen bedient werden. So kann zum Beispiel ein Sparbillett von Zürich nach Wil billiger sein als ein Ticket des Zürcher Verkehrsverbunds von Zürich ins näher gelegene Winterthur, obwohl es für den gleichen Zug gilt.

**Streit um die Tarifmacht**

Der Preisüberwacher prangert diesen Missstand seit Jahren an, aus der Welt geschafft ist er jedoch noch immer nicht. «Es zeigt sich immer mehr, dass das Instrument der Sparangebote an seine Grenzen stösst», sagte Beat Niederhauser, Stellvertreter des Preisüberwachers, der «Sonntags-Zeitung».

Hintergrund ist ein Streit über die Tarifhoheit im öffentlichen Verkehr. Die Verbunde wollen sich bei der Festlegung der Preise nicht reinreden lassen. Ein Harmonisierungsprojekt des Branchenorgans, des Verbands öffentlicher Verkehr, kommt aufgrund von internen Widerständen nur schleppend voran.

Der Bundesrat prüft nun, wie er die Verkehrsunternehmen dazu anhalten kann, ein «einfaches, faires, nachvollziehbares und sowohl für die ÖV-Kundschaft als

auch für die Steuerzahlenden kostengünstiges Tarif- und Distributionssystem» anzubieten. Das schrieb er vor wenigen Tagen in seiner Antwort auf einen Vorstoss des Walliser SP-Nationalrats Mathias Reynard.

Der Bundesrat hat seinen Unmut über die aktuelle Lage indirekt kundgetan, indem er den Vorstoss zur Annahme empfahl. Reynard verlangt, dass der Bund die Tarifpläne der Branche überprüft, «damit gewährleistet wird, dass dies für die Reisenden zu einer Verbesserung der Situation und nicht zu einer Preiserhöhung führt».

**Alle Fraktionen verärgert**

Reynard befürchtet, dass die ÖV-Branche sonst zum Beispiel auch die Senkung der Trassenpreise nicht an die Kunden weitergibt. Er verlangt einen Bericht, der die Unstimmigkeiten im heutigen Tarifsysteem aufzeigt. Darlegen soll der Bundesrat auch, ob der Bund wieder ein Recht zur Tarifgestaltung beanspruchen soll, etwa mit einem Einsichts-, Veto- oder zumindest einem Anhörrungsrecht.

Der politische Druck auf die ÖV-Branche, ein kundenfreundliches Tarifsysteem einzuführen, steigt damit. Die Bresche dafür gehauen hat der Preisüberwacher, der die SBB in hartnäckigen Verhandlungen vor fünf Jahren dazu zwang, die Zahl der Spartickets und Gutscheine für Abonnenten deutlich zu vergrössern, um überhöhte Unternehmensgewinne zurückzuerstatten. Die Verkehrsverbunde stehen aber ausserhalb des Einflussbereichs des Preisüberwachers.

Nun werden einige Monate vergehen, bis der Bundesrat mit seinem Bericht definitiv Position beziehen wird. Lenkt die Branche in der Zwischenzeit nicht selbst ein, stehen die Chancen gut, dass das Parlament ein Machtwort sprechen wird: Reynards Vorstoss wurde von Vertretern sämtlicher Bundeshausfraktionen unterschrieben.

**Nachrichten**

**Quadroni will juristisch gegen Kanton vorgehen**

**Baukartell** Der Enthüller im Bündner Bauskandal will juristisch gegen den Kanton vorgehen. Der ehemalige Bauunternehmer Adam Quadroni bereite eine Staatshaftungsklage vor, berichtet die «NZZ am Sonntag». Im Raum stehen Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche, die Quadroni unter anderem wegen inkorrektierter Polizeieinsätze geltend machen will. (sda)

**Bosse der Thurgauer Mafia-Zelle wieder frei**

**Justiz** Das oberste Gericht Italiens hat das Urteil gegen zwei Bosse der Frauenfelder Mafia-Zelle aufgehoben. Gemäss dem Urteil des Kassationshofs in Rom muss sich nun die Vorinstanz noch einmal mit dem Fall befassen, wie der «SonntagsBlick» berichtet. Die beiden Bosse der Schweizer Zelle waren bereits in erster Instanz zu hohen Haftstrafen verurteilt worden, die zweite erhöhte auf 12 und 14 Jahre Gefängnis. In ihrem Urteil

veranlassten die Richter in Rom die sofortige Freilassung der beiden Männer. (sda)

**Levrat und Röstli wenden sich an die CVP**

**Parteien** SP-Chef Christian Levrat hat die CVP im Interview mit «Le Matin Dimanche» zur Wahl der Grünen Regula Rytz in den Bundesrat aufgerufen. Die Wahl von Rytz anstelle von Ignazio Cassis (FDP) sei für die CVP die «einzige Überlebenschance im Bundesrat». Die CVP hatte vorletzte Woche erklärt, dass sie Rytz bei den Gesamterneuerungswahlen für den Bundesrat am 11. Dezember nicht unterstützen werde. Genauso wie die FDP und die SVP. Die Grünliberalen führen morgen ein Hearing mit Rytz durch. SVP-Chef Albert Röstli will derweil grundsätzlich an der heutigen parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrats festhalten, wie er dem «SonntagsBlick» sagte. Er lehnt die Idee von CVP-Präsident Gerhard Pfister zu einem Gipfel für eine mögliche neue Zauberformel ab. (sda)